



## **Kleine Anfrage**

**des Abgeordneten Martin Habersaat (SPD)**

## **und Antwort**

**der Landesregierung - Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (MBWFK)**

### **Temporär-intensivpädagogische Maßnahmen (Tip-Maßnahmen) II - Nachfragen zu Drucksache 20/3417**

1. Welche privaten Träger sind in welchem Umfang in die Durchführung der Tip-Maßnahmen eingebunden?

Antwort:

Aufgrund des öffentlich-rechtlichen Schulverhältnisses einer Schülerin oder eines Schülers sind temporäre intensivpädagogische Maßnahmen (Tip-Maßnahmen) ausschließlich schulische Maßnahmen, die nicht von privaten Trägern durchgeführt werden. Dies ist in § 1 Abs.6 Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung (SoFVO) „Aufgaben der Förderzentren“ geregelt.

Dort heißt es: „(...) Allgemein bildende Schulen und Förderzentren mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung können für Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen mit dem Förderschwerpunkt soziale und emotionale Entwicklung temporäre intensivpädagogische

Maßnahmen einrichten. Die Einrichtung und Durchführung erfolgt im Zusammenwirken mit den allgemein bildenden Schulen und mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde. (...)“.

2. Welche öffentlichen Einrichtungen sind in welchem Umfang in die Durchführung der Tip-Maßnahmen eingebunden?

Antwort:

| Kreise/kreisfreie Städte | öffentliche Einrichtungen   | Umfang in Stellen |
|--------------------------|---|-------------------|
| Dithmarschen             | Schulträger der Städte Heide und Meldorf                                | rund 2,5          |
| Herzogtum Lauenburg      | Schulträger der Gemeinde Breitenfelde                                   | 1                 |
| Nordfriesland            | keine   | 0                 |
| Ostholstein              | keine   | 0                 |
| Pinneberg                | Jugendamt des Kreises Pinneberg   | rund 12           |
| Plön                     | Jugendamt des Kreises Plön  | 1                 |
| Rendsburg-Eckernförde    | keine   | 0                 |
| Schleswig-Flensburg      | Schulverband des Amtes Mittelangeln und Schulträger der Stadt Schleswig | rund 2            |
| Segeberg                 | Jugendamt des Kreises Segeberg  | rund 12           |
| Steinburg                | Jugendamt des Kreises Steinburg   | 3                 |
| Stormarn                 | Jugendamt des Kreises Stormarn  | rund 4            |
| Flensburg                | Jugendamt der Stadt Flensburg   | 3,5               |
| Kiel                     | Jugendamt der Stadt Kiel  | rund 11,5         |
| Lübeck                   | Jugendamt der Stadt Lübeck  | rund 4            |
| Neumünster               | keine   | 0                 |

3. Wie viele Tip-Maßnahmen wurden erfolglos abgebrochen?

Antwort:

Landesweit wurden im Schuljahr 2024/25 insgesamt 27 Tip-Maßnahmen abgebrochen; das entspricht ca. 3 Prozent der eingeleiteten Tip-Maßnahmen. Diese Schülerinnen und Schüler werden in der Regel wieder in eine geeignete Lerngruppe an der Stammschule eingegliedert und weiterhin vom Förderzentrum unterstützt.

4. Gab es auch Fälle, in denen Tip-Maßnahmen auf Wunsch des privaten Trägers abgebrochen wurden?

Antwort:

Tip-Maßnahmen sind schulische Maßnahmen; siehe Antwort zu Frage 1).

5. Wenn eine Maßnahme erfolglos abgebrochen wird, erhalten dann die wieder-aufnehmenden Stammschulen eine zusätzliche Ressource zur Reintegration der betroffenen Schülerinnen und Schüler (beispielsweise die Mittel, die der private Träger für die Fortführung der Maßnahme erhalten hätte)?

Antwort:

Die Ressourcen sind über alle allgemein bildenden Schularten hinweg Teil der jährlichen Planstellenbesetzung. Ob und in welcher Höhe diese eingesetzt werden, entscheiden die Schulleitungen in eigener Verantwortung. Dies gilt auch für die Reintegration von Schülerinnen und Schülern nach Beendigung einer Tip-Maßnahme.

6. Warum variiert die maximal mögliche Länge der Tip-Maßnahmen in den einzelnen Kreisen so erheblich (zwischen 18 und 50 Monaten)?

Antwort:

Im Zusammenwirken der allgemein bildenden Schulen mit den Eltern (§ 2 Absatz 5 Schulgesetz) kann in begründeten Ausnahmefällen die Verweildauer von Schülerinnen und Schülern deutlich über der durchschnittlichen Verweildauer liegen. Dies sind stets Einzelfallentscheidungen, denen die Schulaufsichtsbehörde zustimmen muss.

7. Wie erklärt sich die Landesregierung die stark variierenden Zahlen der erreichten Schülerinnen und Schüler?

Antwort:

Auffälligkeiten im Bereich des emotionalen Erlebens und des sozialen Verhaltens haben einen negativen Einfluss auf die schulische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Es bedarf einer guten pädagogischen Infrastruktur, die in ein schulisches Gesamtkonzept eingebettet ist und allen Schülerinnen und Schüler in ihrer Lernentwicklung zugutekommt. Tip-Maßnahmen sind eine Möglichkeit im Rahmen eines schulischen Gesamtkonzepts. Die Entscheidung über den Einsatz liegt gem. § 1

Abs.6 SoFVO im Ermessen der zuständigen Förderzentren und kann je nach Situation im Einzelfall unterschiedlich ausfallen.

8. Gibt es strukturelle Gründe für die stark unterschiedliche Praxis in den verschiedenen Kreisen und kreisfreien Städten? Wenn ja, welche?

Antwort:

Strukturelle Gründe für die stark unterschiedliche Praxis sind nicht bekannt. Anhand der kriteriengeleiteten und systematischen Bedarfsermittlung zur Erfüllung des Bildungsauftrages im Bereich der sonderpädagogischen Förderung wird eine schulscharfe Ressourcenverteilung gewährleistet. Über den Einsatz der Ressourcen entscheiden die Schulleitungen in eigener Verantwortung. Bei der Entscheidung der Einrichtung und Durchführung von Tip-Maßnahmen wirken die Förderzentren mit den allgemein bildenden Schulen und der Schulaufsichtsbehörde zusammen.